

# SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,

liebe Bürger!

Es ist eingetreten, was wir befürchteten: Am 24. Februar überfiel die russische Armee auf Befehl von Präsident Putin die Ukraine. Seit rund drei Wochen bombardieren und beschießen russische Streitkräfte ukrainische Dörfer und Städte, zerstören systematisch Schulen, Krankenhäuser, Kultureinrichtungen und Wohnungen.

Hunderttausende Ukrainerinnen und Ukrainer haben Wohnung, Hab und Gut verloren. Viele auch ihre nächsten Angehörigen. Mehr als drei Millionen Menschen sind bereits aus der Ukraine geflohen – davon etwa 160.000 Menschen nach Deutschland. Unser östliches Nachbarland Polen nahm allein 1,8 Millionen Menschen auf.

Wir alle stehen vor der Herausforderung, diesen Menschen zu helfen, sie zu trösten, aber auch ihrem Land beizustehen, das um seine Freiheit und Selbstbestimmung kämpft. Viele Menschen – auch bei uns im Wahlkreis – helfen den Betroffenen ehrenamtlich oder mit Spenden. Für diese Hilfe und Großherzigkeit danke ich allen.

Der 24. Februar wird aber auch in die Geschichtsbücher eingehen als der Tag, an dem die Nachkriegsfriedensordnung in Europa zerstört

und an dem der Versuch gestartet wurde, einen Nachbarstaat auszulöschen.

Der Internationale Strafgerichtshof hat Ermittlungen aufgenommen und ein sofortiges Ende des Krieges gefordert. Ich hoffe, dass eines Tages diejenigen, die dieses Verbrechen zu verantworten haben, in Den Haag abgeurteilt werden.

Der ukrainische Präsident Selenskyj hat in dieser Woche in einer per [Video](#) übertragenen Rede im Bundestag Leid und Zerstörung in seinem Land in bewegenden Worten geschildert und um weitere Hilfe gebeten. Was sich im Bundestag anschloss, war in höchstem Maße peinlich. Die Ampelkoalition verweigerte mit ihrer Mehrheit eine Debatte über die Lage in der Ukraine.

Für uns bedeutet dieser Krieg ein Umdenken in vielen Bereichen. Kooperationen erweisen sich plötzlich als Erpressungspotenzial und militärische Bedrohungsszenarien haben sich verändert. Die Debatte hat gerade erst begonnen.

Ich wünsche Ihnen trotz all dieser bedenklichen Nachrichten einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen des Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

## Von solider Haushaltsführung meilenweit entfernt

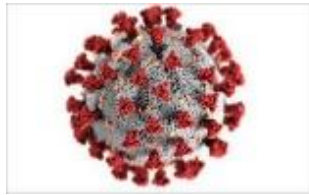
Die Ampelkoalition hat ihren Haushaltsplan für 2022 vorgelegt. Das Zahlenwerk ist desaströs. Mit diesem Haushaltsentwurf verabschiedet sich Bundesfinanzminister Christian Lindner endgültig von seinem Versprechen einer soliden Haushaltsführung. Nach der fragwürdigen Umbuchung eines ungenutzten Verschuldungsrahmens von 67 Milliarden Euro in das aktuelle Jahr ohne Anrechnung auf die Schuldenbremse folgen nun noch einmal 100 Milliarden neue Schulden für laufende Ausgaben. Dazu kommen 100 Milliarden Euro für ein schuldenfinanziertes Sondervermögen Bundeswehr unter Umgehung der Schuldenbremse. Und das ist längst noch nicht alles. Eine Ergänzung des Entwurfs wegen des Ukraine-Krieges ist bereits angekündigt. Das alles hat das Potenzial, die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr auf weit mehr als 300 Milliarden Euro aufzublähen. Ab 22. März debattiert der Bundestag das Zahlenwerk erstmalig.



**Sebastian Brehm:**  
„Statt auf eine Priorisierung von politischen Vorhaben angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen zu setzen, geht die Ampelkoalition den Weg in die Ausweitung der Staatsverschuldung. Dabei macht sie auch nicht vor dem Versuch einer dauerhaften Aushebelung der Schuldenbremse halt. Vor diesem Hintergrund erscheint die angekündigte Rücknahme der Nettoneuverschuldung im Jahr 2023 auf 7,5 Milliarden Euro geradezu illusorisch.“

Die Ampelkoalition hat ihren Haushaltsplan für 2022 vorgelegt. Das Zahlenwerk ist desaströs. Mit diesem Haushaltsentwurf verabschiedet sich Bundesfinanzminister Christian Lindner endgültig von seinem Versprechen einer soliden Haushaltsführung. Nach der fragwürdigen Umbuchung eines ungenutzten Verschuldungsrahmens von 67 Milliarden Euro in das aktuelle Jahr ohne Anrechnung auf die Schuldenbremse folgen nun noch einmal 100 Milliarden neue Schulden für laufende Ausgaben. Dazu kommen 100 Milliarden Euro für ein schuldenfinanziertes Sondervermögen Bundeswehr unter Umgehung der Schuldenbremse. Und das ist längst noch nicht alles. Eine Ergänzung des Entwurfs wegen des Ukraine-Krieges ist bereits angekündigt. Das alles hat das Potenzial, die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr auf weit mehr als 300 Milliarden Euro aufzublähen. Ab 22. März debattiert der Bundestag das Zahlenwerk erstmalig.

## Bedingt abwehrfähig



Die Hoffnung auf ein Abflauen der jüngsten Corona-Welle scheint verfrüht. Die Zahl der Corona-Infektionen

steigt überraschend wieder deutlich an. Doch die Ampelkoalition weicht die Vorsorgemaßnahmen mit dem neuen Infektionsschutzgesetz auf – entgegen der Warnungen von Experten und Ländern. SPD und Grüne haben sich wider besseren Wissens nicht getraut, die FDP in die Schranken zu weisen. Und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, der tagtäglich vor anhaltendem Gefahren der Corona-Welle warnt, schweigt dazu oder verweist auf die Handlungsmöglichkeiten der Länder. Doch denen wurden schnelle und effektive Reaktionsmöglichkeiten aus der Hand genommen.

Unter dem Strich bleiben die Fortschreibung der Maskenpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie im öffentlichen Personenverkehr und die Möglichkeit der Testpflicht in wenigen ausgewählten Bereichen. Das Gesamtergebnis: Deutschland ist in Sachen Corona ab dem 20. März nur noch bedingt abwehrfähig.

## Für die Ampel sind nicht alle gleich

Die Pflegekräfte sind durch die Corona-Pandemie weiter großen Belastungen ausgesetzt. Schon seit mehreren Wochen fordern CDU und CSU deshalb einen neuen Corona-Bonus für

diese Beschäftigten. Die Ampel aber blockierte und kam nun endlich doch – getrieben von der Opposition – mit einer eigenen Regelung. Es soll einen steuerfreien Bonus von 3.000 Euro für dieses Jahr geben – so steht es im 4. Corona-Steuerhilfegesetz.

Doch die Enttäuschung ist bereits vorprogrammiert. Denn nicht alle, sondern nur ausgewählte Pflegekräfte sollen nach dem Willen von SPD, Grünen und FDP in den Genuss dieser steuerfreien Leistung kommen.

**Sebastian Brehm:** „Die Ampel schafft Pflegekräfte erster und zweiter Klasse. Das ist ungerecht. Das ist Anstiftung zum Unfrieden in den Einrichtungen. Die Ampel muss endlich über ihren Schatten springen. Wir brauchen einen Bonus für alle Pflegekräfte und dafür werden wir als CDU/CSU-Fraktion im Bundestag auch weiter kämpfen. Die Pflegekräfte haben es wahrlich verdient.“

## Eine sichere, bezahlbare und souveräne Energieversorgung

Der Überfall auf die Ukraine hat die hohe Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten aus Russland unwiderruflich ins Bewusstsein gerufen. Und dabei geht es nicht nur um Erdgas. Deshalb gilt auch auf diesem Sektor nun: Alle Handlungsoptionen – kurz-, mittel- und langfristig - zur Sicherung einer verlässlichen Energieversorgung und zur Reduzierung von einseitigen Abhängigkeiten müssen auf den Tisch.

Dies ist nicht nur eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit und Souveränität. Es ist

auch eine soziale Frage. Zusammen mit der Inflation darf der Anstieg der Energiekosten nicht zum Auslöser werden, unsere Gesellschaft zu spalten. Das Energiekostenproblem trifft den überwiegend größten Teil unserer Gesellschaft in gleichem Ausmaß. Deshalb sehe ich eine Entlastung für alle als Gebot der Stunde.

Eine sichere, bezahlbare und verlässliche Energieversorgung ist essenziell für Privathaushalte und Betriebe. Mitte Februar 2022 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Vorschlägen zur „Bekämpfung der Explosion bei den Energiepreisen“ die Bundesregierung aufgefordert, unter anderem die EEG-Umlage vorzeitig abzuschaffen, die Entfernungspauschale anzuheben und den Einkommensteuer-Tarif an die Inflation anzupassen.

Einige dieser Forderungen wie die Erhöhung der Entfernungspauschale hat die Bundesregierung aufgegriffen. Doch das reicht nicht. Die Bundesregierung muss eine Energiestrategie für Deutschland vorlegen und unsere anderen Forderungen schnell umsetzen. Um dem aktuellen Preisanstieg entgegenzuwirken, muss vor allem der Steueranteil bei Kraftstoffen gesenkt werden. Zumal der Bund durch die höheren Preise automatisch auch über Gebühr mitverdient. Dieses Ungleichgewicht muss austariert werden.

## Wenn wir ehrlich sind...

...dann war es für einige sehr bequem die Debatte um unsere Wehrtüchtigkeit mit einer gewissen Art von Moralismus aufzuschieben. Sicherheitspolitik war spätestens seit der Wiedervereinigung ein unattraktives Thema, über das

die Öffentlichkeit nicht gerne diskutierte. Es geht um teure Waffen, um Soldaten und Zivilisten, um Kriegsszenarien und die damit einhergehende Vorstellung von viel Leid und Flüchtlingen.

Ebenso schwer scheint die Einsicht, dass Diplomatie nur dann wirken kann, wenn die gegenüberliegende Seite auch bereit ist, am Verhandlungstisch zu sitzen, und ernsthaft gewillt ist, zu verhandeln. Das Gleichgewicht des Schreckens im Kalten Krieg war eine konstante Bedrohung, aber eben auch, wie man unangenehmerweise und realistisch feststellen muss, stabil.

Der Angriffskrieg Russlands ruft diesen konstanten Drahtseilakt der Abschreckungs- und der Verteidigungspolitik mit aller Macht wieder auf die Tagesordnung. 100 Milliarden Euro sollen nun nach Vorschlag der Ampel-Koalition über ein Sondervermögen über mehrere Jahre unter Umgehung der Schuldenbremse beschlossen werden. Aber so einfach, wie es sich die Ampel-Koalition da macht, ist es leider nicht. Es gibt immer zwei Seiten einer Medaille.

Als einzige Partei, die über die letzten Jahrzehnte für eine konsequente Ausstattung der Bundeswehr mit genügend verfügbaren Mitteln gearbeitet hat, müsste die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dieser Ertüchtigung der sicherheitspolitischen Fähigkeiten umgehend zustimmen. Auf der anderen Seite steht die Union für eine solide Haushaltsführung. Eine Umgehung der Schuldenbremse kommt für mich als haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der CSU nicht in Frage.

Das strikte Pochen auf die Einhaltung der Schuldenbremse mag in dieser Situation pedantisch anmuten, aber es ist konsequent. Wir müssen einen anderen Weg finden und den Bundeswehr-etat langfristig im Rahmen unserer finanziellen

Möglichkeiten solide auf die Beine stellen. Haushaltspolitik heißt auch Prioritäten setzen. Die Ampel-Koalition muss zugunsten der Sicherheit eben rot-grüne Wunschträume verschieben. Für unsere Freiheit alle finanziellen Grundsätze über Bord zu werfen und uns durch jede Krise massiv neu zu verschulden, wäre noch inkonsequenter. Damit schränken wir den Handlungsspielraum und die Freiheit zukünftiger Generationen ein.

## Nürnberg – Charkiw

### Hilfe in der Not



Bilder des Schreckens erreichen uns seit Wochen aus Nürnbergs Partnerstadt Charkiw. Russische Truppen haben weite Teile der einst blühenden Stadt durch mit Artillerie- und Granatbeschuss in Schutt und Asche gelegt. Die ukrainische Armee verhindert bislang mit großem Einsatz die Einnahme der Stadt. Aber für die Menschen dort wird die Lage immer schwieriger.

Gemeinsam mit dem Partnerschaftsverein Charkiw-Nürnberg e.V. hat die Stadt Nürnberg deshalb einen Spendenaufruf zur Unterstützung unserer ukrainischen Partnerstadt Charkiw gestartet. Von den Spenden werden Lebensmittel



und dringend notwendige humanitäre Hilfsgüter gekauft und nach Charkiw gebracht.

Zuletzt konnte dank der Spenden, Ausrüstung und Schutzkleidung in Höhe von 10.000 Euro für Feuerwehrleute in Charkiw übergeben werden. Die Feuerwehr ist tagtäglich im Einsatz, um Menschen aus den beschossenen Häusern zu retten, durch den Beschuss verursachte Brände zu löschen und Trümmer zu beseitigen.

„Als Nürnberger Bundestagsabgeordneter und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe bin ich dem Partnerschaftsverein sehr dankbar für sein Engagement. Unterstützen Sie die Arbeit des Vereins mit ihrer Spende. Helfen Sie den Menschen in unserer Partnerstadt in ihrer großen Bedrängnis. Denken Sie auch die inzwischen weit über 2.000 Menschen aus der Ukraine – hauptsächlich Frauen, Kinder und Ältere, die nach ihrer Flucht vor Krieg und Zerstörung in unserer Stadt Zuflucht gesucht haben. Auch sie brauchen Hilfe, Trost und Zuspruch.“

Wenn auch Sie den Menschen in Charkiw helfen möchten, können Sie dies gerne an folgendes Spendenkonto:

**Partnerschaftsvereins Charkiw-Nürnberg e.V.:**

**IBAN: DE12 7605 0101 0001 3500 58**

**Verwendungszweck Hilfsprojekte in Charkiw**

Wenn Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, kontaktieren Sie den Partnerschaftsverein

mit Angabe Ihrer Adresse und des Spendenbetrags per E-Mail an: [antje.rempe@charkiw-nuernberg.de](mailto:antje.rempe@charkiw-nuernberg.de)

## In eigener Sache

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Fraktion hat mich in dieser Woche einstimmig zu seinem 1. stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ich freue mich, in der neuen Verantwortung verstärkt an der Gestaltung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik mitzuwirken.



Sebastian Behm mit dem PKM-Vorsitzende Christikan von Stetten

Der PKM ist mit 143 Mitgliedern die stärkste Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion. Ihm gehören Unternehmer, Selbstständige, Freiberufler und Abgeordnete an, die dem Gedanken der sozialen Marktwirtschaft besonders verbunden sind.

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

[sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.